



RESOLUTION DES LANDESNETZWERKS MIGRANTENORGANISATIONEN SACHSEN-ANHALT (LAMSA)

Dessau-Roßlau, 13.11.2018

Das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e. V. ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt. Als Dachverband der Migrantenorganisationen, vereint LAMSA seit nun schon zehn Jahren Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit.

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben ist das übergeordnete Ziel des LAMSA. Eine Gesellschaft frei von Vorurteilen und frei von Diskriminierung seine dahinterstehende Vision. Um dieses Ziel zu erreichen, wirkt LAMSA in all seinem Tun auf die bestmögliche gesellschaftliche Partizipation von Migrant*innen hin.

Zur Umsetzung der Ziele führt LAMSA geeignete Projekte durch und nimmt sein zehnjähriges Bestehen zum Anlass, Forderungen zu formulieren, die aus jahrelangen Erfahrungen resultieren. Diese gliedern sich in die fünf zentralen Handlungsfelder des LAMSA: Interkulturelle Bildung, Sprachmittlung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Antirassismus und -diskriminierung sowie Demokratie und Teilhabe.

1. INTERKULTURELLE BILDUNG

Situation im Handlungsfeld: Die Situation nichtdeutscher Schüler*innen im Bildungssystem ist stark verbesserungswürdig. Migrant*innen bekommen schwerer Kitaplätze, erhalten seltener einen Schulabschluss und noch seltener das Abitur. Die Deutschförderung ist völlig unzureichend. Viel zu viele Migrant*innen gehen auf Berufsschulen und haben keinen Zugang zu allgemeinbildenden Schulen.

Forderungen:

- Förderung und Finanzierung interkultureller Öffnung
- Angemessene Förderung des Deutschunterrichtes
- Mehr pädagogisches Fachpersonal mit Migrationsgeschichte
- Vermittlung interkultureller Kompetenz in Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte
- Empowerment und umfassende Information der Schüler*innen mit Migrationshintergrund über ihre Möglichkeiten
- Zugang zu allgemein bildenden Schulen für Zugewanderte
- Recht auf Schulbildung in allgemeinbildenden Schulen auch für Schulpflichtige in der ZAST
- Schaffung einer Beschwerdestelle für Diskriminierung an Schulen

2. SPRACHMITTLUNG

Situation im Handlungsfeld: Es fehlt ein geregeltes System der Sprachmittlung.

Forderungen:

- Konsequente Schulung von Sprachmittler*innen.
- Einheitliches System der Entlohnung / Entschädigung für Sprachmittler*innen.
- Etablierung von Qualitätsstandards für die Sprachmittlung.
- Einhaltung des Datenschutzes bei Sprachmittlungen.
- Bereitstellung finanzieller Mittel zur Aus- und Weiterbildung von Sprachmittler*innen.
- Nachhaltiges Konzept der Sprachmittlung anstelle kurzfristiger Projektförderung.
- Grundsätzlich kein Einsatz Minderjähriger als Sprachmittler*innen.
- Sprachmittler*innen sind kein Ersatz für ausgebildete Dolmetscher*innen.

3. AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT

Situation im Handlungsfeld: Um erreichte Erfolge im Handlungsfeld nicht nur ausbildungsmarkt-, sondern auch arbeitsmarktbezogen zukünftig zu sichern, gibt es auf politischer Ebene erheblichen Nachsteuerungsbedarf.

Forderungen:

- Strategie zur Imageaufwertung dualer Ausbildung notwendig.
- Zugang zu Ausbildung und sämtlichen Fördermöglichkeiten muss unabhängig von Alter und aufenthaltsrechtlichem Status gewährleisten.
- Sicherstellung des Lebensunterhalts während der Ausbildung statusunabhängig für alle.
- Schaffung von Möglichkeiten einer modularisierten Ausbildung und erleichterter Zugang zu nachhaltigen Teilqualifizierungen.
- Spracherwerb flexibel und passgenauer an die Arbeitsrealitäten anpassen.
- Feste und zuverlässige Ansprechpartner*innen für Unternehmen etablieren, die den Prozess in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt praktikabel und unbürokratisch unterstützend begleiten.
- Alle Akteur*innen an der Gestaltung von Übergängen beteiligen und verbindliche Übergabemodalitäten in rechtlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht sicherstellen.

4. ANTIRASSISMUS UND -DISKRIMINIERUNG

Situation im Handlungsfeld: Migrant*innen, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sind zunehmend von Diskriminierungserfahrungen betroffen, welche auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse bspw. in Chemnitz und Köthen, immer offensiver werden. In Sachsen-Anhalt wird die Struktur der Antidiskriminierungsberatung dem eigentlichen Bedarf in keiner Weise gerecht.

Forderungen:

- Um ein qualifiziertes Beratungsangebot in der Antidiskriminierungsarbeit leisten zu können, muss eine strukturelle Förderung den Grundstein bilden.

- Eine ausreichende Finanzierung ist zudem notwendig, um fachliche Mindeststandards einhalten und flächendeckend aufsuchend arbeiten zu können.
- Ein qualifiziertes Beratungsangebot muss niedrigschwellig sein, sodass jede*r Betroffene*r dieses bei Bedarf in Anspruch nehmen kann.
- (Anti)Diskriminierung muss ein Querschnittsthema in Regelstrukturen (Jugendmigrationsdienste, Familienberatungsstellen, Migrationsberatungsstellen etc.) werden. Als Anlaufstellen für Ratsuchende können diese erste Orientierung geben und an entsprechende Stellen verweisen.
- Darüber hinaus bedarf es auch der Stärkung von Migrant*innenorganisationen, diese haben eine gute Vertrauensbasis zu ihren Mitgliedern und können ebenso wichtige Verweisberatung leisten.
- Kriterien und Qualitätskontrolle von Beratungsstellen sicherstellen.
- Verpflichtende Antidiskriminierungsbeauftragte in Behörden/Institutionen etablieren.
- Erweiterung der Bereiche im AGG auf Schulen, Behörden etc.
- Vorstellung des Jahresberichts Antidiskriminierungsarbeit im Landtag.
- Breite öffentliche Debatte um für strukturelle Diskriminierung zu sensibilisieren und diese abzubauen.

5. DEMOKRATIE UND TEILHABE

Situation im Handlungsfeld: Die politische Partizipation von Migrant*innen gestaltet sich nach wie vor unzureichend. Gründe sind vor allem fehlende Ressourcen auf Seiten der Migrant*innen und ihren Organisationen (MO) sowie deren Nicht-Einbeziehung in politische Prozesse. Aber auch Rassismus und Diskriminierung halten Menschen mit Migrationshintergrund davon ab, sich politisch zu beteiligen und für ihre Interessen einzutreten.

Forderungen:

- Maßnahmen politischer Bildung müssen fester Bestandteil der Vereinsarbeit in MO werden.
- Es braucht einen institutionalisierten und ständigen Dialog zwischen MO und Funktionsträgern der Mehrheitsgesellschaft, damit MO konsequent in Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen einbezogen werden.
- Die dafür notwendigen Ressourcen sind über strukturelle Fördermaßnahmen sicherzustellen.
- Entsendung von BFDlern in MO beibehalten, damit diese unbürokratisch personelle Unterstützung bekommen können.
- Einführung eines vollumfänglichen Wahlrechts für alle dauerhaft in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft.
- Inklusive Heimatdiskussion unter expliziter Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund.

- Mehr Rückhalt seitens Politiker*innen demokratischer Parteien beim Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Verabschiedet durch die Mitgliederversammlung
in Dessau-Roßlau, am Sonnabend, den 10. November 2018

Über das LAMSA:

Das Landesnetzwerk (LAMSA) wurde im Jahr 2008 gegründet und vertritt seither die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, sowie kulturellen Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund auf Landesebene. Es versteht sich als deren Fürsprecher und steht gegenüber der Landesregierung, allen migrationspolitisch relevanten Verbänden, Institutionen und weiteren Migrantenorganisationen in anderen Bundesländern als Ansprechpartner zur Verfügung. Im März 2014 gründete LAMSA einen gemeinnützigen Verein. Derzeit sind 105 Organisationen und Einzelpersonen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit im LAMSA vertreten.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Kontakt:

Herr Mamad Mohamad

Geschäftsführer des LAMSA e.V.

Tel.: (0345) 171 94 051 | Mobil: 0176 444 089 69

E-Mail: mamad.mohamad@lamsa.de | Web: www.lamsa.de